

Antrag der Fraktion der CDU**Die B 212n gemeinsam mit Niedersachsen planen und realisieren**

Am 23. Dezember 2016 wurde der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 vom Bundestag und anschließend vom Bundesrat beschlossen. Der BVWP 2030 enthält bei einem Gesamtvolumen von 269,6 Milliarden Euro rund 1 000 Projekte. Davon erhält Bremen insgesamt über 600 Millionen Euro für den Ausbau der Infrastruktur. Vorhaben, die auch als vordringlich eingestuft wurden, sind unter anderem die Weserquerung und die Anschlussstelle Bremen/Brinkum. Die geplante Bundesstraße (B) 212 neu wurde nicht vordringlich eingestuft, denn Niedersachsen hat die Bundesstraße ohne einen Anschluss nach Delmenhorst angemeldet, womit die B 212 neu zu wenig Verkehr aufnimmt. Gerade dieser für Bremen wichtige Teilabschnitt wäre vor allem für den überregionalen Wirtschafts- und Pendlerverkehr von großer Bedeutung.

Die B 212n hat einerseits eine wichtige Zubringerfunktion zur A 281 und an das weitere Autobahnnetz. Dabei würde die B 212n die Ortsdurchfahrt Strom und die Stephanibrücke/B 6 insbesondere den LKW-Verkehr entlasten. Andererseits würde auch das Güterverkehrszentrum von einer leistungsfähigeren Anbindung Richtung Delmenhorst und dem Landkreis Wesermarsch profitieren. Da die Streckenführung auf dem niedersächsischen Gebiet noch nicht abschließend geklärt ist, sollte der Senat mit der niedersächsischen Landesregierung intensiv über den noch strittigen Streckenverlauf mit Vollanschluss an Delmenhorst beraten, damit das Projekt unverzüglich geplant und realisiert werden kann.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. Gespräche mit der niedersächsischen Landesregierung aufzunehmen und für eine europarechtskonforme Linienführung der B 212 neu zu werben, die auch einen Vollanschluss an Delmenhorst umfasst.
2. Der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft bis zum März 2019 über die Ergebnisse zu berichten.

Frank Imhoff, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU